

PROTOKOLL

Zu der auf **Dienstag**, den **05.07.2016**, um **19:05 Uhr**, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung** des **Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen (Stadtentwicklung, Agenda 21)** waren erschienen:

**VOM AUSSCHUSS UMWELT, ENERGIE, BAUEN
(STADTENTWICKLUNG, AGENDA 21):**

CDU:	Frank, Elvira	Stv.	für Kempf, Bastian
	Ringhof, Martin	Stv.	
	Weißer, Tobias	Stv.	
	Scheidel, Jörg	Stv.	
SPD:	Forg, Klaudia	Stve.	Vorsitz bei TOP 4
	Häfele, Andreas	Stv.	
	Rihm, Dieter	Stv.	für Schäfer, Daniel
UBV:	Benz, Walter	Stv.	
	Nordmann, Rolf	Stv.	Vorsitzender
GRÜNE:	Klee, Wolfgang	Stv.	
LINKE:	Weißberger, Albert	Stv.	für Altinalan, Sebnem Tugce

BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 2 HGO):

Kammer, Bernhard	Stv.	(FDP)
Kempf, Ralf	Stv.	(WGV)

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

Bleiholder, Rolf	Stv.
Bleiholder, Urte	Stve.
Wunderle, Bernhard	Stv.

VOM MAGISTRAT:

Bolze, Jens	Erster Stadtrat
Vanli, Hayrettin	Stadtrat
Ziegler, Klaus	Stadtrat

VON DER VERWALTUNG:

Ewert, Frank	ASU/stellv. Ausschussbetreuer
Matern, Roland	ASU

Wagner, Petra	ASU
Schneider, Reiner	Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt
Granzow, Philipp	Brundtlandbüro
Wirths, Reinhard	Brundtlandbüro
Hartmeyer, Klaus	Stadtbrandinspektor, Freiw. Feuerwehr
Hisge, Christoph	Jugendwart, Freiw. Feuerwehr

ALS SCHRIFTFÜHRER/IN:

Faber, Jessica	Verwaltungsangestellte
----------------	------------------------

VON DER PRESSE:

Tageblatt
Südhessen Morgen

ZUHÖRER:

0

Entschuldigt fehlten:

Zaskoku, Alban	Ausländerbeirat
----------------	-----------------



TAGESORDNUNG:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Freiwillige Feuerwehr der Stadt Viernheim; Räume für die Jugendfeuerwehr
3. Einzelhandelskonzept der Stadt Viernheim
 1. Beschluss des Konzeptentwurfes
 2. Beteiligungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung
 1. Aufstellungsbeschluss
 2. Beschluss des Änderungsentwurfs zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB
5. Vorstellung Energiebericht 2013-2014
6. Grünprojekt Viernheim
Umsetzungsorientiertes Entwicklungskonzept für den Erholungswald
7. Sachstandsbericht Stadtentwicklungskonzept
Mündlicher Bericht erfolgt in der Sitzung
8. Verschiedenes



Der stellv. Ausschussvorsitzende **Rolf Nordmann** eröffnete um 19:05 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben bzw. Änderungen gewünscht.

1. Protokoll der letzten Sitzung

Gegen das *Protokoll-Nr. 2 (Sitzung vom 07.06.2016)* wurden keine Einwände erhoben.

2. Freiwillige Feuerwehr der Stadt Viernheim; Räume für die Jugendfeuerwehr

Bezug: Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamtes vom 06.07.16

1. Stadtrat Bolze informiert, dass die Vorlage und das vorliegende Angebot nur zur Schaffung einer haushaltärischen Basis diene. Eine Ausschreibung dürfte zu günstigeren Ergebnissen führen. Eine finale Entscheidung zur Einstellung von Haushaltsmitteln sei sowieso erst im Dezember mit den Haushaltsberatungen zu treffen.

Stv. Benz äußert keine Bedenken Seitens der UBV. Es stehe außer Frage, dass man auf den Nachwuchs bei der freiwilligen Feuerwehr angewiesen sei. Er regt an, weitere Angebote einzuholen, da gerade jetzt im Zuge der nachlassenden Flüchtlingszuströme viele Container in gutem Zustand zum Verkauf stünden.

Stv. Klee fragt, wie oft die Räumlichkeiten genutzt werden und ob nicht auch Räumlichkeiten des THW für die Jugendfeuerwehr nutzbar wären.

Herr Hisge (FFW) betreut als Jugendwart die Jugendlichen der Feuerwehr und berichtet, dass diese sich wöchentlich dienstags von 18-20 Uhr treffen. Für die durch-

schnittlich 35 Jugendlichen sei auch für die Spinde zu wenig Platz im jetzigen Container.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass die Feuerwehr im Gegensatz zum THW Angelegenheit der Kommune und nicht des Bundes sei. Zwar könne das Gelände des THW beiderseits genutzt werden, die Unterbringung der Jugendfeuerwehr sei aber Sache der Stadt.

Herr Schneider (BVLA) ergänzt, dass die eingehenden Angebote für Container auch hinsichtlich der Energieeinsparverordnung zu prüfen seien. Ungefähr in einem Jahr könne man dann ausschreiben und eine Entscheidung treffen.

Auch für **Stv. Rihm** und die SPD sei es selbstverständlich, die Förderung des Nachwuchses zu unterstützen.

Für **Stv. Klee** ist die strikte Trennung zwischen Feuerwehr und THW nicht verständlich.

Stv. Weiße fragt nach der zeitlichen Brisanz. Da die Lage vor Ort nicht bekannt sei, schlägt er im Namen der CDU einen Ortstermin vor der nächsten Sitzung vor. Generell habe die CDU keinerlei Einwände.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass es keinen Zugzwang gäbe, man aber aufgrund der frühen Einbringen in die Gremien die Beratungen Ende des Jahres entzerren wolle.

Auch **Stv. Kammer** spricht sich für einen Ortstermin aus. Er fragt ob nicht eine kleinere Lösung nur für sanitäre Anlagen und Spinde denkbar wäre und ein Besprechungsraum trotzdem beim THW angefragt werden könne.

Stadtbrandinspektor Hartmeyer erklärt, dass das THW auch nur begrenzt Platz für seine eigenen Leute habe. Für größere außerplanmäßige Besprechungen sei das THW möglicherweise eine Option, nicht jedoch für die wöchentlichen Treffen der Jugendfeuerwehr. Er berichtet von den Zuständen im jetzigen Container, von eintretender Feuchtigkeit, damit verbundenem Schimmel, Ungeziefer im Schulungsraum, Büro und Toilettenanlagen und einer Hecke die bereits in den Container wächst. Auch für die Kinderfeuerwehr habe man nur ein minimales Platzangebot. Da die Eltern der Kinder- und Jugendfeuerwehr ihre Kinder verständlicherweise in guter Obhut wissen wollen sei es wichtig, eine gute Grundlage zu schaffen um die freiwilligen Jugendlichen halten zu können. Man müsse diesen Platz auf dem Feuerwehrgelände schaffen und nicht auslagern.

Stv. Ringhof fragt nach den in der Vorlage genannten Kosten von 250.000 €. Im Angebot sei nur von 200.000 € die Rede. Auch er hält eine Besichtigung für notwendig, auch für neue Mitglieder des Ausschusses.

Herr Schneider (BVLA) stellt richtig, dass nach heutigen Preisen mit 200.000 € zu rechnen wäre, jedoch Nebenkosten hinzu kämen und deshalb 250.000 € in den Haushalt einzustellen wären.

Stve. Forg und **Stv. Weißenberger** sprechen sich auch noch einmal für einen Ortstermin aus.

Ausschussvorsitzender Nordmann fasst zusammen, dass nach der Sommerpause ein Ortstermin bei der Feuerwehr vor der nächsten Sitzung anzuberaumen sei.

Beschluss: kein Beschluss

Abstimmung: Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Ausschusssitzung nach der Sommerpause vertagt.

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: BVLA

3. Einzelhandelskonzept der Stadt Viernheim

1. Beschluss des Konzeptentwurfes

2. Beteiligungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 17.06.16

1. Stadtrat Bolze erläutert die Vorlage und informiert darüber, dass sich der Magistrat in seiner Sitzung am 27.06.2016 außer Stande sah einen Beschluss zu fassen.



*Die vorliegende Tischvorlage Anlage Nr. 4 werde den Mitgliedern des Ausschusses noch digital zur Verfügung gestellt (**siehe Anhang**).*

Da die Fraktionen mehr Zeit zum einlesen benötigen würden schlägt er vor, das Einzelhandelskonzept noch einmal in den Fraktionen vorzustellen. Er erinnert daran, dass das Einzelhandelskonzept nur ein Leitfaden sei. Ein finales Konzeptpapier sei erst nach Zusammenfassung der vorliegenden Papiere und entsprechender Nacharbeitung möglich. Erst dann sei der nächste Schritt die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Einzelhändler.

Frau Wagner (ASU) erläutert die Änderungen in Anlage 4. Für die schlussendlichen Formulierungen solle die Politik mit einbezogen werden, und könne bereits zum jetzigen Konzeptpapier Anregungen und Änderungen einbringen.

Stv. Rihm kritisiert, dass die Viernheimer Politiker bereits am „Viernheimer Weg“ zum Einzelhandelskonzept mitgewirkt hätten, und die lange Bearbeitungsdauer bis zur jetzigen Fassung. Damit wäre der Aufwand verbunden, sich immer wieder neu in die Materie einzuarbeiten zu müssen. Die textlichen Formulierungen habe die Stadt zu treffen, nicht die ehrenamtlichen Politiker. Das Einzelhandelskonzept solle lediglich zur Abstimmung vorgelegt werden.

Frau Wagner (ASU) korrigiert, dass der „Viernheimer Weg“ mit dem Gutachter diskutiert, jedoch nicht in allen Bereichen akzeptiert wurde. Einige Punkte seien für ihn nicht vertretbar. Eine genaue Vorgabe des Wortlauts sei nicht rechtens.

Stv. Benz bemängelt die vielen Fehler in der aktuellen Fassung. Es sei einwandfreie Arbeit seitens des Gutachters zu erwarten und eine Zusammenfassung aller vorliegenden Entwürfe vorzulegen.

1. Stadtrat Bolze und **Frau Wagner (ASU)** stimmen dem zu, und versichern, dass diese Änderungen natürlich vom Gutachter ausgeführt werden müssen.

Stv. Kammer fragt nach den vertraglichen Regelungen bezüglich der Bezahlung des Gutachters. Er stimmt Stv. Benz zu, dass alle Änderungen endlich in einem Konzeptpapier zusammenzufassen seien.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass der Kreis Bergstraße und das Regierungspräsidium Darmstadt erst den Bestand prüfen wollen, dies führe natürlich zu Diskussionen wegen unterschiedlicher Ansprüche, was der Grund für die lange Überarbeitungsdauer sei. Der Gutachter würde natürlich erst nach abschließender Vorlage des Konzeptpapiers entlohnt werden.

Ausschussvorsitzender Nordmann fasst zusammen, dass eine Zusammenfassung der vorliegenden Konzepte vom Gutachter ausgeführt werden solle und vorerst noch kein Beschluss gefasst werde.

1. Stadtrat Bolze sagt zu, nach der Sommerpause eine ergänzte Vorlage vorzulegen.

Beschluss: kein Beschluss

Abstimmung: keine Abstimmung
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU

4. Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“ Änderung

1. Aufstellungsbeschluss

2. Beschluss des Änderungsentwurfs zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 17.06.16

1. Stadtrat Bolze verweist auf die Befangenheitsvorschriften gemäß § 25 HGO („Widerstreit der Interessen“).

Ausschussvorsitzender Nordmann verlässt den Raum. **Stv. Forg** übernimmt den Vorsitz für TOP 4.

1. Stadtrat Bolze erläutert die Vorlage.

Stv. Benz fragt ob akuter Handlungsbedarf besteht, jetzt eine Beschränkung der maximalen Größe für Gartenhütten in diesem Teilbereich festzulegen. Er bezweifelt, dass die vorgeschlagenen 6 m² für Standardgartenhütten ausreichend seien.

Frau Wagner (ASU) erklärt, dass der Bebauungsplan im Bereich „Viernheim Ost“ bereits von 1986 und somit veraltet sei, damals bestand kein Regelungsbedarf für das Aufstellen von Gartenhütten. Sie stimmt Herrn Benz zu, dass Standardgartenhütten üblicherweise 6 m² Grundfläche überschreiten und schlägt eine Erhöhung auf 10 m² vor.

Stv. Benz hinterfragt, welchen Zeitaufwand diese textliche Änderung mit sich bringen würde.

Frau Wagner (ASU) erklärt, dass es sich nur um eine Änderung der textlichen Festsetzung handeln würde die üblicherweise vier Wochen ausgehängt werden müsse.

Stv. Forg fragt, welche Vorgaben es zu Gartenhütten in anderen Baugebieten Viernheims gäbe.

Frau Wagner (ASU) antwortet, dass viele Bebauungspläne Gartenhütten grundsätzlich ausschließen würden, für Gebiete ohne Bebauungsplan gelte die hessische Bauordnung. Im Neubaugebiet Schmittsberg II habe man eine Größe von 6 m² vorgeschrieben.

Stv. Kammer drückt sein Erstaunen aus, hier bereits bestehende Gartenhütten über 6 m² Grundfläche schützen zu wollen, indem man die m²-Zahl erhöhe, im Außenbereich sei eine nachträgliche Legalisierung von Bauten jedoch unerwünscht. Er erinnert an den Antrag der FDP zu illegalen Bauten im Außenbereich aus der letzten Sitzung. Die Größen der Gartenhütten sollten nur mit den Nachbarn abgesprochen werden, die Stadt solle hier keine Regelung treffen.

1. Stadtrat Bolze korrigiert, dass es sich hier um einen bebauten Innenbereich handle der eine andere Qualität als die Freiflächen im Außenbereich aufweise. Im Bereich des Bebauungsplanes „Viernheim Ost“ sei die Stadt handlungsfähig, im Außenbereich jedoch höchst eingeschränkt. Er fragt Frau Wagner, ob bisher bereits Anträge eingegangen seien.

Frau Wagner (ASU) berichtet, dass ein Eigentümer bereits eine Befreiung vom Bebauungsplan beantragt habe. Sie betont noch einmal, dass die Planungshoheit im Bereich „Viernheim Ost“ bei der Stadt liege, anders als im Außenbereich.

Man einigt sich darauf, dass eine Erhöhung von 6 auf 10 m² für die betroffenen Anwohner verträglicher sei und diese Änderung so in den textlichen Festsetzungen vorzunehmen sei.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen (Stadtentwicklung, Agenda 21) empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 240-6a „Viernheim Ost“- Änderung zu beschließen und somit den rechtskräftigen Bebauungsplan 240-6 „Viernheim Ost“ im Rahmen des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB zu ändern.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 240-6a entspricht dem Geltungsbereich des Ursprungsplanes und ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellt.

Der Geltungsbereich wird begrenzt

- Im Norden von der Friedrich-Ebert-Straße
- Im Süden von der Weinheimer Straße
- Im Westen von der August-Bebel-Straße
- Und im Osten von der Janusz-Korczak-Allee.

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Nach § 13a Abs. 3 BauGB ist weiterhin ortsüblich bekannt zu machen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung der Umweltprüfung

nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

2. Der Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen (Stadtentwicklung, Agenda 21) empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 240-6a „Viernheim Ost“, Änderung in der vorliegenden Form (Anlage 2) zu beschließen. Die Begründung ist zu billigen. Weiterhin empfiehlt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung, die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB anhand des vorliegenden Entwurfs zu beschließen. Die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind zu beteiligen.

Zu Punkt 2 wird folgender Änderungsvorschlag formuliert:

2.4 Nebenanlagen im Sinne des § 14 (1) BauGB sind auf den Grundstücksfreiflächen bis zu einer Grundfläche von max. 10 m² zulässig.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 10 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

5. Vorstellung Energiebericht 2013-2014

Bezug: Vorlage des Brundtlandbüros vom 18.05.2016

1. Stadtrat Bolze stellt die Informationsvorlage kurz vor und betont, dass neben dem ökologischen Aspekt auch der ökonomische Aspekt nennenswert sei.

Herr Wirths (Brundtlandbüro) stellt den Energiebericht 2013-2014 anhand einer Präsentation vor.

Stv. Scheidel stellt im Namen der CDU den Antrag, zukünftig auch die Einsparungen vom Vorjahr gegenüber zu stellen.

Auch **Stv. Klee** ist dieser Meinung und schlägt vor auch die Folgejahre 2017, 2018, 2019 zu berücksichtigen.

Stv. Benz fragt, warum das Rathaus als städtisches Gebäude nicht im Bericht aufgeführt sei. Seiner Meinung nach hätten einige Investitionen so oder so auf Grund von Verschleißaustausch und Ersatzbeschaffung getätigt werden müssen.

Laut **Herrn Wirths (Brundtlandbüro)** hätten sich im Rathaus keine Einsparungen ergeben. Er verweist auf die Energieleitlinie und, das die Stadt Viernheim schon immer über die Anforderungen hinaus agiert habe.

1. Stadtrat Bolze bezweifelt einen signifikanten Informationsgewinn durch eine Vorjahresbetrachtung. Für eine langfristige Betrachtung seien immer noch die Richtwerte aus 1998 sinnvoll.

Stv. Weiße erklärt noch einmal den Wunsch der CDU den Betrachtungszeitraum zu verkleinern. Die Ersparnisse der letzten Jahre seien zu wenig betrachtet worden.

Ausschussvorsitzender Nordmann schlägt den Kompromiss vor, den jetzigen Energiebericht künftig einfach um ein Kapitel zu ergänzen in dem diese Betrachtung der letzten Jahre stattfindet.

Herr Granzow (Brundtlandbüro) erklärt sich damit einverstanden. Er ergänzt noch, dass man 1998 mit dem Energiemanagement begonnen habe und diese Zahlen deshalb immer als Richtwerte genutzt wurden.

Auszug: Brundtlandbüro

6. Grünprojekt Viernheim

Umsetzungsorientiertes Entwicklungskonzept für den Erholungs- wald

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 17.06.16

Einleitung durch **1. Stadtrat Bolze**. Vorstellung und Präsentation durch **Herrn Matern (ASU)**.

Stv. Benz bemängelt, dass die Parkflächen am neuen Waldfriedhof wohl nicht in die Planung mit einbezogen wurden. Die dortige Parkplatzsituation wäre bereits jetzt nicht gut und würde sich durch eine Umgestaltung des Vorplatzes des Waldspielplatzes nur verschlechtern. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Stadt sollte man die Kosten im Auge behalten und sich auf wichtige Ausgaben konzentrieren. Er bittet Herrn Matern darum, die Kosten für den vorliegenden Konzeptentwurf der Erstellung des Grünprojekts vom Büro Bresch, Henne & Mühlinghaus nachzureichen.



Es wurden 11.162,20 € verausgabt, angefallen in den Haushaltsjahren 2012 und 2013.

Herr Matern stimmt dem nicht zu, die Parkplatzsituation würde sich nicht verschlechtern, im Gegenteil, die Autofahrer wären dann dazu angehalten in diesem Bereich langsamer zu fahren, was im Zusammenhang mit dem Spielplatz von Vorteil wäre.

1. Stadtrat Bolze betont, dass es sich hierbei vorerst nur um die Vorstellung des Konzepts handelt. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Freigabe von konkreten Mitteln zu beschließen. Die Kernfrage sei viel mehr, ob man das Konzept für eine gute Grundlage halte, die man weiterverfolgen solle.

Stv. Ringhof hält das Grünprojekt für eine gute Idee und gute Arbeitsgrundlage, nicht mehr und nicht weniger. Er regt an, auch die Vereine vor Ort in die Planung miteinzu-beziehen.

Ausschussvorsitzender Nordmann gibt zu bedenken, dass die Ausarbeitung weiterer Pläne die zum Beschluss stehen zwangsläufig Kosten verursachen würden, was bei heutiger Haushaltslage nicht ratsam sei.

Stv. Kammer stimmt Herrn Nordmann zu, dass solch ein Konzept aktuell finanziell nicht leistbar sei. Auch Planung koste Geld. Im Bereich Grün sei der Tivolipark zu nennen, der nach wie vor nicht in Angriff genommen werden würde. Er schlägt vor, das Konzept nicht ganz zu verwerfen sondern zu einem späteren Zeitpunkt zu nutzen.

Stv. Rihm spricht sich im Namen der SPD für den Beschlussvorschlag aus, da nicht nur die Stadfläche sondern auch der Wald ein wichtiger Teil der Stadtentwicklung sei. Sparen heiße nicht, die nächsten Jahre überhaupt kein Geld mehr auszugeben, dies würde nur zu einem noch maroderen Gesamtzustand der Stadt führen. Die Finanzierung des Konzepts sei natürlich trotzdem erst genauestens zu klären.

Stv. Häfele stimmt zu, dass das Konzept so angenommen werden könne.

Stv. Benz betont noch einmal, dass gezielter gespart werden müsse. Man solle das Grünkonzept jetzt auf Eis legen und Prioritäten setzen für wichtigere Dinge.

Stv. Ringhof schlägt vor, das Konzept nicht komplett vom Tisch zu nehmen. Man könne den Beschlussvorschlag dahingehend ändern, dass das Entwicklungskonzept für den Erholungswald als Grundlage für einen Teilschritt im Grünprojekt Viernheim angenommen wird, jedoch keine Gestaltungspläne entwickelt werden sollen.

Stv. Klee regt an, eine Prioritätenliste für das Waldgebiet zu erstellen.

1. Stadtrat Bolze klärt darüber auf, dass einige Planungen auch durch Bordmittel der Verwaltung abgedeckt werden können. in dem Herr Matern weitere daran arbeite.

Ausschussvorsitzender Nordmann begrüßt diesen Vorschlag, allerdings sollen keine Fremdbüros beauftragt werden, sondern nur interne Kräfte.

Man einigt sich darauf, den Beschlussvorschlag anzupassen und die Kosten auf Personalkosten in der Verwaltung zu beschränken, eine Vergabe von Fremdmitteln dürfe vorerst nicht erfolgen. Der Beschlussvorschlag wird wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Das Entwicklungskonzept für den Erholungswald wird als Grundlage für einen Teilschritt im Grünprojekt Viernheim angenommen. Es werden vorerst keine Gestaltungspläne der Einzelflächen von externen Planern oder Büros erarbeitet und somit keine Gelder extern verausgabt.

Abstimmung: einstimmig

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Bürgermeister

7. Sachstandsbericht Stadtentwicklungskonzept **Mündlicher Bericht erfolgt in der Sitzung**

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

1. Stadtrat Bolze führt mündlich in den Tagesordnungspunkt ein und berichtet vom Ausschreibungsverfahren für das gewünschte Konzept.

Stv. Benz stellt fest, dass beauftragte Planungsbüros selten aus dem Umkreis kommen, sondern meist weiter entfernt ihren Sitz haben. Er fragt, ob nicht auch Büros aus der Nähe von Viernheim geeignet wären.

Frau Wagner (ASU) betont, dass in diesem Fall die Datenermittlung eine große Rolle spiele und einen wichtigen Teil der Arbeit ausmache. Bei der Ausschreibung seien umliegende Büros fachlich leider nicht überzeugend gewesen.

Stv. Weiße begrüßt im Namen der CDU die Absicht solch ein Konzept ausarbeiten zu lassen, gibt aber zu bedenken, dass im Baugebiet Bannholzgraben derzeit bereits Nägel mit Köpfen gemacht werden würden was die Erschließung eines Neubaugebiets angehe.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass man sich im Bannholzgraben im Interessensbekundungsverfahren befinde und die Entscheidung des Magistrats zu dieser Bodenbevorzugung bereits Anfang des Jahres getroffen wurde - bevor man sich für ein Wohn- und Gewerbekonzept entschieden hatte. Beides müsse man nun parallel laufen lassen, auch um beiden „Auftraggebern“ (StaVo, Magistrat) gerecht zu werden.

Auszug: 1. Stadtrat, ASU

8. Verschiedenes

Stv. Rihm berichtet, dass ihm zugetragen wurde, dass eine Lagerhalle im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 217-3 „Heidelberger Straße“ mittlerweile zum Unterstellen von Pferde genutzt würde. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass die Verwaltung davon bereits längere Zeit Kenntnis habe. Beschlossen worden sei damals aber eine rein gewerbliche Nutzung der Lagerhalle. Er bittet um nähere Informationen.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass wohl ein Nachtrag zur Umnutzung als Unterbringung von Pferden beim Kreisbauamt eingegangen sei. Herr Bolze sagt zu, Kontakt mit dem Vorhabenträger und dem Kreisbauamt aufzunehmen.

Stv. Klee bemängelt den Zeitpunkt der Unterlagenverschickung, die zu kurz sei, um alle Unterlagen zu lesen.

Stv. Rihm stimmt dem zu und ergänzt, dass auch die Sitzungslängen nicht mehr zumutbar seien.

Stv. Weiße schlägt vor, die Vorlagen zeitlich zu begrenzen und feste Zeiten für Vortrag und Diskussion zu den jeweiligen TOPs festzulegen.

◆ - ◆ - ◆

ENDE DER SITZUNG: 22:35 Uhr

◆ - ◆ - ◆

DER VORSITZENDE:

gez.: Nordmann
(Rolf Nordmann)

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

gez.: F a b e r
(Jessica Faber)

F.d.R.d.A.

Verwaltungsangestellte